

Welt am Sonntag, 11.11.2018, Nr. 45, S. 37 / Ressort: WIRTSCHAFT

Rubrik: WIRTSCHAFT

Die weibliche Mitte

Seit 1918 dürfen Frauen in Deutschland wählen. Damals glaubte man, sie würden eine "liebevollere Gesellschaft" schaffen. Heute weiß man: Sie wählen nach anderen wirtschaftlichen Kriterien als Männer - und weniger radikal

Florian Gehm

Sandra Kempf, 22, Studentin aus Friedrichshafen, ist ganz sicher, das Richtige zu tun. In drei großen Wahlen hat sie sich immer für eine Partei entschieden: die SPD. Die SPD, so findet sie, setze sich für Gleichberechtigung von Frauen ein wie keine andere Partei und wolle mehr Geld für Bildung und erneuerbareEnergien ausgeben. Das gefällt ihr. Ihre Mutter Marion, 53, wählt lieber die Grünen, wegen ihrer Umweltpolitik und weil sie Frauen sehr wertschätzen. Und Kempfs Großmutter Bärbel Harmuth, 75, hat jahrzehntelang für die SPD gestimmt, bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst hat sie sich aber anders entschieden. Darum wird es noch gehen.

Was für diese drei Frauen ganz selbstverständlich ist, über Politik mitbestimmen zu können, hat vor 100 Jahren offiziell begonnen. Denn am 12. November 1918 verkündete der Rat der Volksbeauftragten mit seinem Vorsitzenden, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, dass Frauen in Deutschland ab sofort ein aktives und passives Wahlrecht hätten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten Publizistinnen gefordert, dass Frauen am politischen System teilhaben müssen. Eine der prägenden Stimmen war die Frauenrechtlerin und spätere Politikerin Helene Lange. Die Erwartung war, dass Frauen die Politik verändern würden. Man könnte auch sagen: dass sie die Welt zu einem besseren, liebevolleren Ort machen würden.

Man dachte, so sagt es der Soziologe Alexander Ruser, dass sich Frauen als Wählerinnen und Politikerinnen "vor allem um soziale Themen kümmern" und so "eine gerechtere Gesellschaft" schaffen würden. Diese Annahme ist, aus heutiger Sicht, ein wenig naiv. Was sich allerdings bewahrheitet hat, ist, dass Frauen anders wählen als Männer: andere Parteien, einen anderen Politikstil. Die Frage ist, was sich in diesen 100 Jahren getan hat. Was haben Frauen früher gewählt und warum? Wie ist das heute? Und wäre Politik heute tatsächlich sozialer und liebevoller, wenn nur Frauen wählen dürften?

Es gibt ein interessantes Werkzeug, mit dem man Antworten auf solche Fragen finden kann: den sogenannten Tingsten-Index, benannt nach dem schwedischen Wissenschaftler Herbert Tingsten. Mit ihm lässt sich das Wahlverhalten der Deutschen bei nahezu allen Bundestagswahlen seit 1953 auswerten - sofern eine Statistik nach Geschlecht und Alter erhoben wurde. Der Index zeigt, welche Parteien Frauen besonders oft oder selten gewählt haben.

Zum Beispiel die CDU. Sie wird deutlich häufiger von Frauen gewählt, wie auch die Grünen. Dagegen bekommen Die Linke, FDP und AfD ihre Stimmen überwiegend von Männern. Nur bei der SPD gibt es keine klare Tendenz, sie ist momentan halb Frauenpartei, halb Männerpartei. Bis in die 1970er-Jahre hinein war allerdings ihre Wählerschaft vor allem männlich.

Die Vorlieben von Frauen und Männern haben sich über die Zeit hinweg verändert. Am Ergebnis der ersten Bundestagswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg kann man noch deutlich die traditionellen Rollenbilder von Mann und Frau ablesen. Seit den 1970er-Jahren unterstützen Frauen auch linke Parteien, das hieß anfangs vor allem: die SPD. Seit den 90er-Jahren auch die Grünen.

Marion Kempf, die Mutter von Sandra Kempf, wundert das nicht. Sie mag die beiden Parteivorsitzenden der Grünen, eine Doppelspitze aus einer Frau und einem Mann und das "wertschätzende Frauenbild", für das die Partei ihrer Meinung nach steht. Für Soziologen, Politikwissenschaftler und Demoskopen sind Frauen wie sie, ihre Tochter und ihre Mutter, dagegen noch ein weitgehend unbekanntes Wesen. Wie unterschiedlich Frauen und Männer wählen, stünde "nicht gerade im politischen Fokus", sagt etwa die Forschungsgruppe Wahlen. Also vermuten die einen, dass Frauen gar nicht so anders wählen als Männer. Und die anderen, dass Frauen häufig andere Frauen wählen. Die Friedrichshafener Politologinnen Nadine Meidert und Tatjana Jungkunz dagegen glauben, dass die alte Idee von der liebevolleren, gerechteren Politik zumindest nicht ganz falsch war. Demnach haben in der Nachkriegszeit Männer und Frauen noch einen sehr unterschiedlichen Blick auf Fragen gehabt, die heute vor allem wirtschaftspolitisch aufgeladen sind.

"Früher", so schreiben Meidert und Jungkunz, "waren Männer vor allem in Gewerkschaften und Arbeiterverbänden eingebunden und wählten deshalb sozialdemokratisch." Frauen dagegen hätten sich eher für Familien- als für Arbeitsthemen interessiert. Damals hieß das: Sie wählten die CDU. Heute wählen sie eine andere, weniger konservative CDU - oder aber die Grünen. Der CDU habe zuletzt sicher auch ein "kleiner Merkel-Effekt" geholfen, stellen Meidert und Jungkunz fest, ein Solidaritätsbonus unter Frauen für die Bundeskanzlerin.

Bärbel Harmuth, Sandra Kempfs Oma, hatte so ihre Gründe, warum sie nach Jahrzehnten bei einer Bundestagswahl nicht mehr die SPD wählte, sondern die Grünen. Die SPD sei nicht mehr glaubwürdig, fand sie. Der Grund: Für sie gehören Moral

und Wirtschaftspolitik zusammen. "Es kann doch nicht sein, dass wir Länder wie Saudi-Arabien mit Waffen beliefern", sagt sie. Unmittelbar vor der Bundestagswahl hat die SPD als Teil der großen Koalition Ausfuhren in Höhe von knapp 148 Millionen Euro in den Golfstaat genehmigt. Also entschied sich Harmuth für die Grünen.

In den Ländern würden Union und Grüne noch deutlich deutlich besser abschneiden als im Bund, wenn nur Frauen wählen dürften. Das ergibt eine Auswertung von Daten des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap durch WELT AM SONNTAG. Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in 15 Bundesländern (außer Schleswig-Holstein) zeigen außerdem: Die AfD hätte in jedem Land fünf Prozent weniger Zuspruch. Man kann es auch so sagen: Männer fühlen sich häufiger von radikaleren Forderungen angesprochen - gleich ob links, rechts oder liberal. Auch dafür gibt es offenbar Gründe, die mit Geld und wirtschaftlichen Erwägungen zu tun haben.

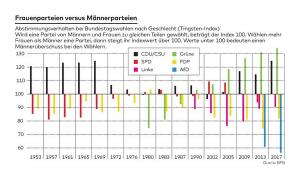
"Frauen sehen sich beispielsweise durch Migranten weniger ökonomisch gefährdet als Männer", meinen die Politologinnen Meidert und Jungkunz. Denn Migranten würden oft in jene Arbeitssektoren eintreten, "die männlich dominiert sind - etwa ins Handwerk". Für Frauen scheint der Arbeitsschutz eine weniger wichtige Rolle zu spielen, vom Mutterschutz abgesehen. Deshalb, so Meidert und Jungkunz, seien sie gegenüber der Linken und der SPD eher zurückhaltend.

Ruhe im Bundestag

Wie sich das Wahlverhalten der Frauen auf die Politik auswirkt, ist das eine. Etwas anderes ist die Frage, ob sie als Politikerinnen eine gerechtere und sozialere Politik machen würden, wie es die Vorkämpferin Lange vor 100 Jahren vorhergesagt hat. Viele Wirtschaftspolitiker im Bundestag sind sich zumindest einig, dass die politische Debatte ruhiger verlaufen würde. Das sagt beispielsweise der FDP-Wirtschaftsexperte Reinhard Houben. Frauen, so glaubt er, würden etwa die Energiewende "schneller vorantreiben" und sich "stärker kleinen und mittleren Unternehmen statt der Industrie widmen". Auch die Forscherinnen Meidert und Jungkunz gehen davon aus, dass Frauen eine entschiedenere Umweltpolitik machen würden.

Das sieht der Soziologe Ruser ähnlich. Er sagt aber auch, dass Frauen heute vor allem gleichberechtigt seien und nicht unbedingt die Gesellschaft revolutionieren wollten. Sie drängten in die Vorstände von Dax-Unternehmen. "Weil sie ebenso gut qualifiziert sind wie Männer - nicht weil sie Unternehmen weiblicher führen würden." Eine ausschließlich von Frauen bestimmte Wirtschaftspolitik, vermutet Ruser daher, würde sich gar nicht so sehr von der unterscheiden, die die Bundesregierung macht.

Florian Gehm



Quelle: Welt am Sonntag, 11.11.2018, Nr. 45, S. 37

Ressort: WIRTSCHAFT
Rubrik: WIRTSCHAFT

Dokumentnummer: 160728824

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WAMS 69d27454354edcb53fc2ca491d1a1b73d8c3405c

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

ONDITION © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH